

Schwierige Geschlossenheit

DER SONDERGIPEL DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS VOM 01. MÄRZ 2009

In einer Serie von Gipfeltreffen sucht die Europäische Union Mittel und Wege, die kurzfristig aus der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise herausführen und mittel- bis langfristig in eine neue internationale Ordnung des Finanzsektors münden sollen. Neben den regulären Gipfeltreffen fand am Sonntag der zweite Sondergipfel im Format des Europäischen Rates statt. Ein dritter, der sich mit den sozialen Folgen der Krise befassen soll, ist für den Mai geplant.

Über Sinn und Zweck des Gipfels vom 1. März waren die Meinungen geteilt. Er wurde als gemeinsame Initiative von Rats- und Kommissionspräsident vorgestellt. Bei der Vorstellung legte der tschechische Ministerpräsident den Akzent auf die Gefahren des Protektionismus innerhalb der EU und die Sorge einer Aushöhlung des Binnenmarktes. Kommissionspräsident Barroso stellte die finanziellen Aspekte in den Vordergrund, den Umgang mit so genannten toxischen Papieren und die Notwendigkeit für ein gemeinsames Vorgehen auf der Londoner Konferenz. Für die deutsche Kanzlerin sollte er die Möglichkeit bieten, die Ergebnisse des von anderen EU-Mitgliedsstaaten beargwöhnten Berliner Gipfels vorzustellen.

Mit dem Herannahen des Gipfels wurden die Vorschläge für die Tagesordnung immer länger. Am Ende konzentrierten sich die Staats- und Regierungschefs auf drei Themenbereiche: Koordination des Europäischen Konjunkturprogramms; Stabilisierung des Finanzsektors und Zusammenarbeit auf globaler Ebene. Alle Themen überwiegend musste es aber auch darum gehen, die vielfältigen politischen Risse, die sich neben Sachthemen auch über die Vorge-

hensweise einzelner Staaten bzw. Staatengruppen ergaben, nicht zu schwer reparablen Trennlinien werden zu lassen. Der Gipfel hat dazu beigetragen, dass man bei der weiteren Diskussion der Sachthemen die gemeinsamen Grundprinzipien - funktionierender Binnenmarkt, kein Protektionismus, verantwortungsvolle nachhaltige Finanzpolitik, bessere Überwachung der Finanzmärkte und Anwendung dieser Prinzipien auf globaler Ebene - nicht über Bord wirft. Die auf die Trennlinien wirkenden Kräfte dürften mit diesem Rahmen aber nur stabilisiert nicht reduziert worden sein.

1. Mit Blick auf die Wirtschaftskrise geht es einmal um die Koordination der nationalen Rettungspläne und die Sorge, dass die nationalen Hilfsmaßnahmen die Integrität des Binnenmarkts und die Beihilferegulungen verletzen. Ausgelöst hatte die Debatte der französische Staatspräsident mit seinem Stützungsprogramm für die französischen Automobilhersteller in Höhe von insgesamt €7.8 Mrd. verbunden mit der wenig kassierten Forderung, dass französische Autos auch in Frankreich gebaut werden sollten.

Aber die Diskussion um die Automobilindustrie, bei der zwölf Millionen Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, spielte auf dem Gipfel selbst kaum noch eine Rolle. Er kenne keinen Fall von Protektionismus meinte dann auch der Ratsvorsitzende. Ihre Mitteilung zum Automobilsektor vom 25.2. wurde begrüßt. Bereits im Vorfeld hatte die französische Regierung in einem Schreiben an die Kommission mitgeteilt, dass mit den geplanten Maßnahmen kein Verstoß gegen den Binnenmarkt beabsichtigt sei und die zuständige Kommissarin hatte sich damit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN

März 2009

www.kas.de

www.eukas.eu

zufrieden gezeigt. Auch die kurz zuvor bekannt gewordenen Pläne um die Zukunft von Opel dürften dazu beigetragen haben, sich nicht weiter zu verhasen, sondern diese Entwicklung erstmal genauer zu prüfen. Stattdessen bekräftigten die Staats- und Regierungschefs, dass Protektionismus keine Antwort auf die Krise sei und bekundeten ihr Vertrauen auf die Rolle der Kommission als Wächter der Verträge.

Im Streit um den von der Kommission zu verantwortenden Teil des Europäischen Konjunktur Programms (EERP) gab es dagegen keine sichtbaren Fortschritte. Die Kommission hatte auf der Grundlage des Gipfels vom Dezember 2008 vorgeschlagen, mit Investitionen im IT-Bereich (v.a. Ausbau von Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzen), dem Energiesektor (v.a. Ausbau von Stromnetzen in Mittel- und Osteuropa) sowie in der Landwirtschaft in Höhe von insgesamt € 5 Mrd. eine zusätzliche Konjunkturspritze zu geben. Der Vorschlag stieß auf ordnungspolitischen wie auch haushaltspolitischen Widerstand der Nettozahler. Weder die Finanzminister noch die Außenminister hatten auf ihren bisherigen Ratstagungen eine Lösung herbeiführen können. Der vom Ratspräsidenten verteilte „Gemeinsame Presstext“ sagt dazu nichts.

Die beschäftigungspolitischen und sozialen Folgen der Krise sollen auf dem genannten Sondergipfel im Mai behandelt werden. Mittlerweile soll auf EU-Ebene der Sozialfonds und Globalisierungsanpassungsfonds besser genutzt werden.

2. Voraussetzung für den Wiederaufschwung ist die Herstellung von Vertrauen im Finanzsektor. Das war das zweite große Thema dieses informellen Gipfels. Durch die Zuspitzung der Finanzkrise in einigen osteuropäischen Ländern, insbesondere Ungarn und Lettland, hatte diese Frage eine dramatische Wendung bekommen. Der ungarische Ministerpräsident forderte ein zusätzliches Rettungsprogramm. Obwohl neben österreichischen Banken nicht zuletzt auch deutsche den damit verbundenen Risiken besonders ausgesetzt sind, ließ sich die Bun-

desregierung im Verbund mit anderen nicht auf diese Forderungen ein. Stattdessen wurde auf die klaren Unterschiede bei den makroökonomischen Daten zwischen Mittel- und Osteuropa und die bereits geleistete Hilfe verwiesen. Kurz vor dem Gipfel hatten die Europäische Investitionsbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie die Weltbank ein Hilfspaket über € 25 Mrd. für die osteuropäischen Banken geschnürt. ECOFIN und Kommission sollen gleichwohl die Situation sorgfältig beobachten und wenn nötig mit den verfügbaren Mitteln aktiv werden.

Was die Gesamtlage betrifft, so hatte der tschechische Ratspräsident bereits im Vorfeld vor einer exzessiven Refinanzierung der Europäischen Banken gewarnt, weil dies zu einer Renationalisierung führe. Entscheidend, so bekräftigten nun die Staats- und Regierungschefs, sei, dass der Kreditmarkt wieder funktioniere. Auch der Umgang mit toxischen Papieren war im Vorfeld umstritten. Die Kommission hatte hierzu einen Vorschlag auf den Tisch gelegt, den die Staats- und Regierungschefs nun als Leitlinie anerkennen. Die ebenfalls wenige Tage vorher von einer Expertengruppe vorgelegten Empfehlungen zur Verbesserung der Überwachung der Finanzinstitution und -märkte (Larosiere Bericht) wurde als „Beitrag“ und Orientierungshilfe begrüßt. Entscheidungen sollen aber erst auf dem regulären Juni-Gipfel getroffen werden.

Vor dem Hintergrund der Finanzierung nationaler Konjunkturprogramme droht der Wachstums- und Stabilitätspakt Makulatur zu werden. Die Kommission rechnet mit einem durchschnittlichen Haushaltsdefizit in 2010 von 4.8 Prozent, das höchste seit 15 Jahren. Gleichzeitig macht die aktuelle Lage die weiter notwendigen strukturellen Reformen (Renten, Gesundheit) in allen Ländern noch schwieriger. Der Gipfel hat sich deshalb für ein Festhalten an den Prinzipien und Kriterien des reformierten Paktes ausgesprochen.

3. Mit Blick auf den Londoner Gipfel bekräftigten die Staats- und Regierungschefs den

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN

März 2009

www.kas.de

www.eukas.eu

Führungsanspruch der Europäischen Union. Die genaue Marschroute soll erst auf dem kommenden Frühjahrsgipfel im März festgelegt werden, „unter Berücksichtigung“ der Ergebnisse des Berliner Treffens vom 22. Februar.

4. Die Differenzen in Sachfragen wie auch in der Vorgehensweise haben zu unübersehbaren Rissen an den befürchteten „Sollbruchstellen“ in der EU geführt. Für Mitglieder der Eurozone stellt sich die Lage in manchen Bereichen besser dar als für Nichtmitglieder. Dass die Vorgaben zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise dennoch keine Aufgabe der Euro-Gruppe allein, sondern der gesamten EU ist, mag sicherlich auch ein Motiv für diesen Gipfel gewesen sein. Gleichwohl fühlten sich die Osteuropäer ausgeschlossen. Der tschechische Ratspräsident Topolanek hatte sie deshalb zu einem Arbeitsfrühstück unmittelbar vor dem Gipfeltreffen eingeladen, an dem auch der Kommissionspräsident teilnahm. Das Treffen machte aber auch deutlich, dass die Interessenlagen nicht immer deckungsgleich sind. Die Zurückhaltung gegenüber neuen zusätzlichen Finanzhilfen muss also nicht als mangelnde Solidarität der alten Mitgliedsstaaten gesehen werden. Innerhalb der Eurozone macht das Auseinanderklaffen der Bonität einzelner Mitgliedsstaaten, namentlich Griechenland, Italien und Irland Sorge. Der Gipfel hat hier nur „schwache“ Signale gesendet. Auch das Berliner Treffen hatte Befürchtungen der „kleinen“ Mitgliedsstaaten geweckt, sie könnten übergangen werden. Offensichtlich machten sie ihre Vorbehalte zu den Berliner Überlegungen geltend. Letztlich hatte sich in der Frage der Finanzierung des Recovery Plans die Gruppe der Netto-Zahler (Deutschland, Niederlande, Österreich, Schweden und Großbritannien) zusammengefunden. Auch hier scheint der Gipfel nicht viel weitergeführt zu haben. Gleichwohl, der Rahmen für die gemeinsame Politik wurde noch einmal fester gesteckt, die Bandbreite für Divergenzen etwas schmaler gemacht. Insofern war es zwar nicht zwingend aber doch nicht falsch den Sondergipfel durchzuführen.